

Welthandel in Grün

Heute hormonelle Mast, gestern engmaschige Netze. Mit hehren Begründungen wird in den internationalen Handel eingegriffen. Einmal sperren die Europäer amerikanische Rinder, das andere Mal die Vereinigten Staaten asiatische Garnelen aus. Die Europäische Union verweist auf das latente Gesundheitsrisiko, das in hormonell behandelten Tieren steckt. Deren Fleisch muss daher seit zehn Jahren außerhalb ihrer Grenzen bleiben. Die Nordamerikaner hielten die Gründe nur für vorgeschoben, klagten über und gegen das unlautere Handelshemmnis und halten nunmehr wie im Bananenkonflikt mit einer Sanktionsliste dagegen. Beide Seiten hoffen noch, dass ihnen die Welthandelsorganisation schließlich recht gibt. Auf ihre endgültige Entscheidung darf man gespannt sein.

Ein anderer Fall ist seit kurzem entschieden. Er klärt den Spielraum der Nationen zum Schutz der Natur. Im vergangenen Jahr hatte der Streitschlichtungsausschuss der Welthandelsorganisation die Amerikaner in ihre Schranken gewiesen. Diese hatten eigenmächtig ein Importverbot für Garnelen erlassen, die im Ausland mit Methoden eingesammelt werden, bei denen Meeresschildkröten mitgefangen und getötet werden. Vorher war ihnen schon einmal untersagt worden, die Einfuhr von Thunfisch zu verbieten, der mit Netzen gefangen wird, die zum Tod von Delphinen führen können.

Doch diesmal war es um eine Spezies gegangen, die in mehreren internationalen Abkommen als gefährdete Art eingestuft und unter Schutz gestellt worden ist. Auch im Garnelen-Fall war der Freihandel zunächst apodiktisch über den Erhalt der Natur gestellt worden. Das hatte nicht nur Umweltschützer aufgeschreckt. Im Berufungsverfahren gab es jedoch eine wichtige Akzentverschiebung. Die umweltpolitischen Aspekte wurden stärker gewertet. Das Urteil wurde zwar aufrechterhalten - aber hauptsächlich deshalb, weil die Amerikaner vorschnell und einseitig gehandelt hatten.

Nun soll die Rolle grüner Standards im Regelwerk der Welthandelsorganisation generell gestärkt werden. Das fordern mehr oder weniger sämtliche Industrieländer. Die rot-grüne Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag sogar unmißverständlich formuliert: "Internationale Wirtschaftsregime müssen nach ökologischen und sozialen Kriterien neu gestaltet werden." Das Thema soll auch auf dem Kölner Treffen der wichtigsten Industriestaaten im Juni eine wichtige Rolle spielen. Die Bundesregierung erhofft sich von dem Gipfel ein klares Signal für die dritte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle, auf der Ende des Jahres die Ziele für die nächste Verhandlungsrunde abgesteckt werden sollen.

Doch schon beim letzten Mal ist es um ökologische Kriterien und soziale Standards gegangen. Schon damals gab es die scheinbar paradoxe Situation, dass der reiche Norden den Umweltschutz und die Arbeitnehmerrechte in der ganzen Welt verbessern wollte, der unterprivilegierte Süden dies hingegen strikt ablehnte. Schon damals sprachen die einen von grünem und sozialem Dumping, die anderen von Protektionismus in ökologischem und menschenfreundlichem Gewand.

Doch wie begründet sind die jeweiligen Sorgen? Zwingt der institutionelle Wettbewerb die Länder in ein umweltpolitisches Rennen nach unten? Ist ein sozialer Abwertungswettlauf zu beobachten? Gewiß ist es denkbar, dass ein Staat seine Standards senkt, um Standortvorteile und Außenhandelsgewinne zu erreichen. Dies könnte bei grenzüberschreitenden Umweltbelastungen eine wenn auch zynische Strategie sein, von der sich der Vorreiter einen Vorteil versprechen könnte.

Eine solche Situation ist in Amerika sogar beobachtet worden. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang auch vom "Delaware-Effekt". So hatte der Bundesstaat durch laxer Gesetze und eine entsprechende Rechtsprechung Unternehmen angelockt, die ihm Steuern zahlten, aber im ganzen Land Geschäfte machten. Dies zwang andere Bundesstaaten dazu, ihre Anforderungen zu senken, was wiederum Delaware zu einer weiteren Anpassung bewog - der Bundesstaat gilt heute noch als besonders vorteilhaft für Unternehmensgründer.

Doch handelt es sich dabei wohl um einen empirischen Einzelfall. Auf zwischenstaatlicher Ebene ist eine solche Reise nach unten jedenfalls nicht festgestellt worden. Das hat seinen Grund. So hängt umweltpolitischer, aber auch sozialer Fortschritt in besonderer Weise vom Wohlstandsniveau eines

Landes ab. Frei nach Brecht gilt: Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Umweltschutz ist ein Gut, das mit steigendem Wohlstand nachgefragt wird. Ähnlich sieht es bei den sozialen Verhältnissen aus. Niedrige Standards sind in beiden Fällen keine unbilligen Handelsvorteile, sondern Reflex des Entwicklungsniveaus.

Es ist unstrittig. In vielen Ländern des Südens sind die Mißstände bedrückend. Dazu gehören Kinder in Bergwerken, Gefangene in Steinbrüchen und Menschen in sklavenähnlicher Abhängigkeit. Die Luft ist in den krebsartig wuchernden Millionenstädten bedrohlich belastet, und die Flüsse sind eher Kloaken. Aber wem würden in diesen Fällen Sanktionen helfen? Den Betroffenen sicherlich nicht.

Nicht ohne Grund fürchten die Entwicklungsländer soziale und ökologische Normen im Welthandelsregime. Für den Norden würde die Versuchung groß, sich unliebsame Konkurrenten auf diese Weise vom Leibe zu halten. Schon die unheilige Allianz der Befürworter, an der Spitze die Gewerkschaften und organisierten Landwirte mit ihren politischen Verbündeten, sollte zu denken geben. Wenn der reiche Norden mit Einfuhrhemmnissen auf die Defizite im Süden reagiert, gefährdet er dessen Aufbau und ist damit letztlich kontraproduktiv.

Der Weg ist damit klar. Kein Staat sollte gezwungen werden, Produkte einzuführen, die er mit gutem Grund als riskant für Mensch und Natur einstuft. Auch darf die Welthandelsorganisation die internationalen Umweltabkommen nicht unterlaufen. Dafür bedarf es präziser, verbindlicher Regeln - denn jeder Standard lädt zum Mißbrauch ein.